

Fakultät für Gesundheitswissenschaften
School of Public Health - WHO Collaborating Center

Universität Bielefeld ■ Postfach 10 01 31 ■ 33501 Bielefeld

Prof. Dr. Klaus Hurrelmann

Telefon: 0521-106 - 4669

Sekretariat: Dagmar Kanig-Stücken

Telefon: 0521-106 - 3834

Telefax: 0521-106 - 6433

An die
Kultusministerinnen und Kultusminister
der 16 Bundesländer
der Bundesrepublik Deutschland

E-Mail: klaus.hurrelmann@uni-bielefeld.de

www.uni-bielefeld.de/gesundhw/ag4/

Bielefeld, 27.10.2006

Offener Brief

Erneuerung meines Plädoyers für ein Zwei-Wege-Modell im deutschen Schulsystem

Sehr geehrte Damen und Herren Kultus- und Schulminister,

seit vielen Jahren arbeite ich als Wissenschaftler in der Kinder- und Jugendforschung. Zuletzt habe ich die neue Shell-Jugendstudie verantwortlich geleitet. Ich halte es für wichtig, aus fachlicher Perspektive auch zu familien- und bildungspolitischen Fragen Stellung zu beziehen. So erklärt sich dieser Brief.

Am 28. Oktober 1991 hatte ich an Ihre Vorgänger im Amt einen Offenen Brief geschrieben. Ich plädierte darin für eine Vereinheitlichung der Schulstruktur in der Bundesrepublik Deutschland kurz nach der damaligen politischen Vereinigung.

Mein Vorschlag war das „Zwei-Wege-Modell“: Neben dem Gymnasium als einer wissenschafts- und fächerstrukturierten Lernschule werden alle anderen Schulformen der Sekundarstufe I zu einer neuartigen berufs- und lebenspraxisorientierten Schulform vereint. Mit dieser „Sekundarschule“ neben dem Gymnasium wird die problematisch gewordene Isola-

tion der Hauptschule beendet, ihr Bildungsgang wird in einen größeren pädagogischen Rahmen gestellt. Die neue Schulform führt eine eigene Oberstufe, die sich aus den heutigen Berufsschulen und Berufskollegs bildet und neben den berufsbezogenen Abschlüssen auch die Fachhochschulreife und die Hochschulreife als Abschluss anbietet.

Ich lege Ihnen eine Kopie des Briefes von 1991 bei.

Heute, nach genau 15 Jahren, schreibe ich Ihnen erneut. Ich bitte um Verständnis, dass ich wieder diese offene Form wähle, um eine rege Diskussion des Themas auch in der Öffentlichkeit zu ermöglichen.

Ich appelliere noch einmal an Sie, die Hauptschulen in allen 16 Bundesländern mit den übrigen Schulformen der Sekundarstufe I neben dem Gymnasium zu einer „Sekundarschule“ zusammenzufassen. Dieser Schritt ist wegen der immer schwieriger werdenden pädagogischen Arbeit an den meisten Hauptschulen und der sich verschlechternden Chancen der Absolventinnen und Absolventen dieser Schulform am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt erheblich dringender als schon 1991.

Schon 1991 hatte ich geschrieben: „Die Hauptschulen verwandeln sich zunehmend in ein Sammelbecken für Kinder aus den unteren Sozialschichten, für Kinder aus problematischen Familienverhältnissen und vor allem für Kinder aus Einwanderer- und Ausländerfamilien. Nur noch wenige Eltern wählen sie aus Überzeugung“.

Diese Aussage gilt heute in verschärfter Form. Viele Lehrkräfte an Hauptschulen gewinnen den Eindruck, sich pädagogisch „in einer Sackgasse“ zu befinden und mit ihrem professionellen erzieherischen Können am Ende zu sein. Sie haben eine Schülerschaft vor sich, die so starke pädagogische Herausforderungen stellt, dass die Lehrkräfte ihnen unter den gegenwärtigen Arbeitsbedingungen nicht gerecht werden können. Vor allem in vielen großstädtischen Brennpunktbereichen ist ein Unterricht nach Lehrplan nach Aussage vieler Hauptschullehrerinnen und Hauptschullehrer nicht mehr möglich.

Wie die jüngste Shell-Jugendstudie deutlich demonstriert, wächst der Anteil der sozial benachteiligten Schülerinnen und Schüler an der Population der Hauptschulen ständig weiter an. Ein großer Anteil dieser Schüler hat einen Migrationshintergrund, die Mehrheit ist männlichen Geschlechts. Der Schulform Hauptschule werden auf diese Weise soziale, ethnische, religiöse und geschlechtsspezifische Integrationsleistungen abverlangt, die sie

mit ihren heutigen Strukturen nicht bewältigen kann. Das Resultat ist ein erschöpftes und resigniertes Lehrerkollegium, eine frustrierte Schülerschaft und eine schwindende Akzeptanz dieser Schulform in der Elternschaft. Mit vermehrten persönlichen Bemühungen und pädagogischen Anstrengungen kann auch der beste Hauptschullehrer und die beste Hauptschullehrerin in dieser Ausgangssituation nichts mehr bewegen. Es muss eine Lösung struktureller Natur eingeleitet werden.

Sie sind als Fachministerinnen und Fachminister maßgeblich für die Gestaltung der Bildungsgänge für die junge Generation verantwortlich. Meiner Auffassung nach dürfen Sie es nicht länger gestatten, dem knappen Viertel der Schülerschaft, das heute im Bundesgebiet Hauptschulen besucht, schon von vornherein eine – wie es die Schülerinnen und Schüler nach den vorliegenden Studien selbst pessimistisch einschätzen – ungünstige oder sogar aussichtslose Ausgangsposition am Ausbildungs- und Berufsmarkt zuzuweisen. Sie haben zugleich die Verantwortung, die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte an Hauptschulen zu verbessern.

Durch eine Zusammenlegung von Hauptschulen mit den anderen Schulformen der Sekundarstufe I neben dem Gymnasium können Sie beide Ziele erreichen. Die neue Schulform bietet die Möglichkeit, neben dem wissenschaftsorientierten Allgemeinbildungsprogramm des Gymnasiums ein berufsbezogenes Bildungsprogramm in der Sekundarstufe zu etablieren. Erfahrungs- und handlungsbezogene Bildungskonzeptionen, die für das deutsche Schulsystem schon immer charakteristisch waren und es von dem anderer Länder unterscheiden, können auf diese Weise reaktiviert werden. Die neue „Sekundarschule“ versteht sich als pädagogischer Unterbau des dualen Ausbildungssystems und des Berufsschulsektors, den es in dieser Form fast nur in Deutschland gibt. Die gewachsenen Traditionen des deutschen Schulsystems werden durch die von mir vorgeschlagene Umstrukturierung also voll berücksichtigt und sogar gestärkt.

Um die neue Schulform „Sekundarschule“ ebenso wie das Gymnasium bundesweit zu einer für Schüler, Eltern und Lehrer attraktiven Schulform zu machen, sollte sie von Anfang an die Personal- und Sachressourcen erhalten, die sie für ihre spezifische Aufgabe benötigt. Dazu gehört eine Bevorzugung bei der Einrichtung von Ganztagsangeboten mit einer Beteiligung von Eltern, Vereinen, Verbänden und Initiativen an der Gestaltung des Nachmittagsangebotes. Ebenso wichtig ist die Bereitstellung von Ressourcen für die intensive Kooperation mit öffentlichen und privaten Unternehmen im Umfeld der Schule, um Arbeits- und Berufsnähe herzustellen. Durch den konsequenten Ausbau von „Schülerfirmen“

kann zum Beispiel flexibel, anschaulich und praxisbezogen unterrichtet werden. Auch die Einbeziehung von sozialpädagogischem und psychologischem Fachpersonal ebenso wie anderen pädagogischen, künstlerischen und handwerklichen Expertinnen und Experten bietet sich an. Die Verbindung zu den Berufsschulen, Berufskollegs und beruflichen Ausbildungszentren der Sekundarstufe II wird auf diese Weise besonders überzeugend.

Das Zwei-Wege-Modell kennt nach Abschluss der Grundschule im gesamten Bundesgebiet nur noch die beiden Schulformen „Gymnasium“ und „Sekundarschule“, die jeweils eine eigene Oberstufe haben, nämlich die „Gymnasiale Oberstufe“ und das „Berufskolleg“. Kinder, die einmal nach der Grundschule in einen dieser beiden alternativen Wege durch die Sekundarschule eingemündet sind, sollten das verbriefte Recht haben, diesen Weg kontinuierlich weitergehen und ihre Schullaufbahn an der einmal gewählten Schulform auch beenden zu können. Überweisungen an die jeweils andere Schulform sollten nur im allseitigen Einvernehmen möglich sein.

Damit wäre auch die im internationalen Vergleich nicht mehr wettbewerbsfähige Selektivität der Schulformen überwunden, die heute noch vorherrscht. Durch das Denken in Schulform-Hierarchien fällt es dem deutschen Bildungssystem in der Sekundarstufe schwer, ein Bildungsprogramm flexibel auf den einzelnen Schüler auszurichten und schrittweise die Förder- und Forderstrukturen an die sich entwickelnden Fähigkeiten und Kompetenzen eines Kindes anzupassen. Im Gegenteil denkt das deutsche Bildungssystem von den vorhandenen Institutionen aus und fragt, ob ein Kind eher die Schule des Types A oder des Types B oder C besuchen sollte. Jede Schulform richtet ihre Arbeit im Wesentlichen nur danach aus, ob die Schülerschaft, die sie erhalten hat, zu ihrem Profil passt oder nicht. Wird eine Nicht-Passung festgestellt, besteht das Bestreben, den Schüler oder die Schülerin wegzuverweisen. Auf diese Weise ist eine institutionelle pädagogische Verantwortungslosigkeit entstanden, die einer Förderkultur entgegensteht.

Durch die vorgeschlagene Umstrukturierung der Sekundarstufenschulen in zwei gleichberechtigte Schulformen kann ein Neuanfang gemacht werden. Die wertvollen pädagogischen Impulse, die in den letzten Jahrzehnten von Hauptschulen ausgegangen sind, können bewahrt und in den breiteren pädagogischen Kontext der Sekundarschule überführt werden. Die organisatorische und soziale Isolierung der heutigen Schülerschaft der Hauptschule wird damit überwunden. Zur Bekräftigung der pädagogischen Förderkultur sollte unbedingt das jetzige Institut des „Hauptschulabschlusses“ abgeschafft und durch ein von beiden verbleibenden Schulformen der Sekundarstufe I zu vergebendes einheitliches Ab-

schlusszeugnis ersetzt werden.

Schon in meinem Offenen Brief von 1991 hatte ich darauf hingewiesen: Ein weichenstellender Beschluss in Richtung eines Zwei-Wege-Modells der Sekundarschulen in Deutschland kann schnell und mit einem überschaubaren organisatorischen Umbauaufwand umgesetzt werden. Jede Hauptschule, Realschule, Gesamtschule und Berufsschule kann zum Kristallisationspunkt einer Sekundarschule des neuen Typs werden. Ein solcher Schritt vorwärts würde viele reformpolitische und innovative pädagogische Kräfte freisetzen. Die Unübersichtlichkeit der heutigen Strukturen und die Lethargie, die auch Bundespräsident Köhler in seiner „Berliner Rede“ vor wenigen Wochen zu Recht im heutigen Bildungssystem beklagt hat, könnten so überwunden werden. Außerdem kann auf diese Weise auch auf die sich abzeichnende Schrumpfung der Schülerzahlen reagiert werden.

Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie das Thema eines Zwei-Wege-Modells auf eine der nächsten Sitzungen der Kultusministerkonferenz setzen würden.

Mit freundlichen Grüßen

(K. Hurrelmann)

Anlage: Mein Offener Brief vom 28. November 1991